



# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, den 14. März 1887.

Nr. 122.

## Deutschland.

Berlin, 14. März. Die zur Geburtstagsfeier des russischen Kaisers erfolgte Verleihung des russischen Ordens vom „Weißen Adler“ an den deutschen Staatssekretär des auswärtigen Amtes, Grafen Herbert Bismard, wird in allen politischen Kreisen mit Recht als eine ganz besondere Auszeichnung, als keine formelle Höflichkeit, sondern als ein politischer Akt betrachtet, von dem man übrigens in unterrichteten diplomatischen Kreisen schon seit etwa einer Woche wusste, und dessen Bedeutung für die friedlichen Ausläufer im gegenwärtigen Augenblick man zu schätzen versteht. Nach dem Andreas-Orden (der dem preussischen „Schwarzen Adler“ gleichsteht) ist der Weiße Adler-Orden die höchste Auszeichnung dieser Art, welche der Zar zu vergeben hat. Fürst Bismard der Vater, der alle russischen Orden bereits besitzt, konnte auf keine andere Weise mehr geehrt und erfreut werden als durch die Verleihung jener hohen Auszeichnung an seinen Sohn. Wie sehr der Fürst die Feinheit dieser jährlichen Aufmerksamkeit zu würdigen versteht, davon hat er dem russischen Vertreter hieselbst und dem russischen Hofe bereits Beweise gegeben. Wir haben auf die friedliche Wendung der europäischen Lage bereits vor einiger Zeit an dieser Stelle aufmerksam gemacht. Die Zurückhaltung Russlands, als bei dem bulgarischen Putsch und den ihm folgenden Hinrichtungen alle Welt vielmehr auf ein jähes Losbrechen der panslawistischen Leidenschaft sich gefasst machte, war nur ein Beweis für die Wendung zum Frieden, welche schon vor den letzten Ereignissen in Bulgarien in den Petersburger leitenden Kreisen zur Geltung gelangt war, von welcher aber das große Publikum in Russland wie in Europa noch keine sichere Kunde hatte. So reißt sich denn an die günstige Lösung der italienischen Ministerkrise und die Sicherung des Neuabschlusses eines Bündnisses Italiens mit Deutschland und Oesterreich, an den günstigen Wahlausfall und die Annahme der Militärverträge in Deutschland sowie an die Rüstungsberufe der österreichischen Delegationen auch die günstige Auffassung der Lage und selbst freudig streckt durch die Sendung Lesseps nach Ägypten eine Hand aus, welcher das amtliche wie das amtliche Deutschland einen geschäftlichen Druck zu versagen keine Ursache ist. Alles das sind erfreuliche Anzeichen, die nicht nur die Sorglosigkeit betreffen der Zukunft veranlassen dürfen, deren guten Charakter wir aber im Hinblick auf das einzige Fest des 90jährigen Geburtstages unseres alten Heldenkaisers um so dankbarer anerkennen und zu schätzen wissen.

Die „Nationalit. Korresp.“ schreibt: Die Mittheilung des Staatssekretärs v. Bötticher in der vorgestrigen Reichstags-Sitzung, daß man schon in der nächsten Session auf Vorlegung des Gesetzesentwurfs über die Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter hoffen könne, hat mit Recht großes Aufsehen erregt. Man hatte bisher geglaubt, dieses Gesetz für ein fernes Ideal halten zu sollen, für dessen Verwirklichung in nächster Zeit noch keine Ausichten beständen. Es muß dahin gestellt bleiben, ob Herr v. Bötticher sich nicht etwas zu optimistisch ausgedrückt hat und ob in der That schon so bald zu der gesetzgeberischen Lösung dieses Problems geschritten werden kann. Von wesentlichem Einfluß hierauf wird die Frage des Fortganges der Steuerreform sein. Man kann sich zwar noch kein genaues Bild von den Grundfragen machen, auf denen diese Altersversorgung aufgebaut werden soll, aber ohne Anwendung größerer öffentlicher Mittel wird es nicht abgehen.

Die offiziellen „Berl. Polit. Nachr.“ schreiben: Wenn im Reichstage von verschiedenen Seiten Anträge auf Wiedereinführung des Befähigungsnachweises als Vorbedingung für den selbstständigen Betrieb des Handwerks gestellt sind, so wird daran zu erinnern sein, daß da, wo ein praktisches öffentliches Bedürfnis in Frage zu sein scheint, die Regierung ihrerseits nicht die Hände in den Schoß legt. So haben bekanntlich die Erfahrungen auf dem Gebiete der Baugewerbe dazu geführt, die preussischen Provinzialbehörden zu einer Erörterung der Frage einer Wiederein-

führung der Meisterprüfung als Vorbedingung für den selbstständigen Betrieb des Maurer- und Zimmerergewerbes zu veranlassen. Die Berichte der Provinzialbehörden liegen zum Theil bereits vor, zum Theil ist ihr Eingang in naher Zeit zu gewärtigen, so daß die Beschlußfassung darüber, ob, wie dies bereits bezüglich der Hufschmiede geschehen, mit Rücksicht auf die dabei mitspielenden öffentlichen Interessen eine Sonderbestimmung für die Baugewerbe in Aussicht zu nehmen ist, bevorsteht.

In der „Germania“ veröffentlicht Herr Dr. Windthorst über die kirchenpolitische Vorlage eine für seine Stellungnahme in dieser Angelegenheit bezeichnende Denkschrift, in welcher ausgeführt wird, daß der vorliegende Entwurf in keiner Weise als eine abschließende Revision der Kulturkampf-Gesetzgebung betrachtet werden könne. Es bleiben noch in Kraft der Kanzelparagraph, das Jesuitengesetz, das Ausweisungsgesetz u. s. w. Ganz besonders sei endlich zu beklagen, daß die aufgehobenen Paragraphen der preussischen Verfassung noch immer ihrer Wiederherstellung harren. So lange dies nicht geschehen ist, werde von einem dauernden Frieden zwischen Staat und Kirche nicht die Rede sein können.

Wie man sieht, ist der Führer des Zentrums eifrig bemüht, jeder Verständigung und jedem Frieden zwischen Staat und Kirche nach Kräften entgegenzuarbeiten.

Noch immer steht nichts darüber fest, ob das Abschiedsgesuch des reichsländischen Staatssekretärs von Hofmann angenommen worden ist. Am Donnerstag wohnte Herr von Hofmann der Sitzung des Landesausausschusses bei, ohne jedoch das Wort zu ergreifen. Man wußte, daß er seinen Abschied Tags zuvor nachgesucht hatte. Von der Stimmung, welche im Landesausausschusse herrschte, giebt das „Elsässer Journal“ folgendes Bild:

„Der offenbar durch die Wahlen vom 21. Februar begründete Rücktritt des Ministers wurde von den Mitgliedern des Landesausausschusses mit all den Befürchtungen besprochen, welche stets den plötzlichen Abschied eines hochgestellten Beamten zu begleiten pflegen. Wer wird sein Nachfolger sein? So fragte man sich, und besonders fragte man sich, welche Verwaltungspläne wird dieser Nachfolger in seinem Ministerportefeuille mitbringen? Wird ein gegenwärtiges Mitglied der Regierung von Elsaß-Lothringen die Nachfolge übernehmen, oder wird man an die Spitze des Ministeriums einen neuen Mann berufen, der sich erst mit den Interessen und Bedürfnissen des Landes vertraut zu machen hat, oder der von Berlin her mit einem bestimmt und trocken in den Bureaux des Fürsten-Reichskanzlers ausgearbeiteten Programm erscheint, womit die Maßregeln der Strenge verwickelt würden, welche gewisse Blätter in unserm Lande angewandt zu sehen wünschen? Diese Sorgen und noch andere, welche der noch immer vorhandenen Ungewißheit der allgemeinen Lage entspringen, lasteten wie Blei auf den Mitgliedern des Landesausausschusses. Auf der Regierungsbank herrschte dieselbe gedrückte Atmosphäre. Der Abschied eines geschätzten Vorkämpfers, alle Möglichkeiten, denen dieser Rücktritt die Thore öffnet, der Stillstand in den dem Gesamtministerium zur Erörterung vorliegenden Angelegenheiten, dies Alles war dazu angethan, die Vertreter der Landesregierung in eine ungemüthliche Stimmung zu versetzen. Auch außerhalb des Landesausausschusses in der Bevölkerung ist eine gewisse Beunruhigung vorhanden, die sich zwar nicht offen kundgibt, die man nichts desto weniger aber stark empfinden wird. Die Drohkarte gewisser Blätter vor und nach den Wahlen, sogar das von der Regierung nach diesem 21. Februar, den man als so folgenschwer bezeichnet hatte, beobachtete Stillschweigen und ihre Zurückhaltung, sodann vor einigen Tagen die Auslösung des elsässischen Sängerverbandes, der Artikel der offiziellen „Landeszeitung“, welcher noch andere Maßregeln verheißt, von denen sich nicht alle zur Veröffentlichung eignen, dies Alles sind für die Bevölkerung Elemente einer Beunruhigung, gegen welche man nicht anzukämpfen im Stande war. Daß die Gemüther endlich von der Last der Ungewißheit befreit würden, muß von Jedermann gewünscht werden. Der Landesausausschuss ist in der Lage, durch eine Anstrengung seiner Willens-

kraft und mit patriotischer Hingebung zur Zerstreung dieser drückenden Wolken beizutragen; die Regierung ihrerseits hat die Macht, dieselben vollständig zu zerstreuen, indem sie uns mit Klarheit wissen läßt, woran wir sind. Jede Gewißheit, wie hart sie auch sein möge, ist dem feberhaften Zustande vorzuziehen, in welchem die Gemüther sich in Vermuthungen erschöpfen, und in welchem jede Arbeit gelähmt ist, weil man nicht weiß, was der morgige Tag bringen werde.“

Herr Richter hat sich in seiner Rede am 9. d. Mts. gründlich blamirt und die ganze Grundlosigkeit seiner Angriffe auf die reichstreuere Parteien bei den Wahlen mit einer Schärfe hingestellt, daß Jedermann die Frivolität seiner Wahlagitator in die Augen fallen muß. Bekanntlich behauptet derselbe, der Widerstand gegen das Septennat bedeute eine Aufrechterhaltung des verfassungsmäßigen Rechtes des deutschen Parlamentes und damit des deutschen Volkes.

In der Rede vom 9. jagte er: „Wir haben Ihnen nicht bestritten, daß Sie, indem Sie für das Septennat eintreten, von einem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch machen; aber wir unsererseits verlangen auch die Anerkennung, daß wir, indem wir das Triennat verlangen und dafür stimmen, auch auf dem Boden der Verfassung stehen. Die Verfassung entscheidet nicht darüber, ob die Friedenspräsenzstärke für 3 Jahre oder für 7 Jahre festgesetzt werden soll.“

Die niederländische Kriegsmarine zählte am 1. Januar 1887 123 Schiffe und Fahrzeuge; davon sind 59 zur Verteidigung der Küsten, Mündungen, Rheden und Flüsse, 16 zum allgemeinen Dienst, 28 für besondere Dienste und 26 für Indien bestimmt. Das höhere Personal besteht aus 1 Oberbefehlshaber (der König), 2 Vizeadmiralen, 4 Kontreadmiralen (schout by nacht), 26 Kapitänen zur See, 35 Kapitänlieutenants zur See, 120 Lieutenants 1. Klasse, 195 Lieutenants 2. Klasse und 64 Seekadetten (adelborsten).

Die zahlreiche Konfiskationen und Bestrafungen auf Grund des Gesetzes über die Schonzeiten des Wildes dargethan haben, herrscht noch vielfach die irrige Ansicht, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes nicht auch auf das aus dem Auslande oder aus anderen deutschen Bundesstaaten importirte Wild, insbesondere auf Haselhühner, Birkhühner und Wachteln aus Russland, Fasanen aus Böhmen, Schnepfen und Wachteln aus Italien sich beziehen. Nach § 7 des Wildschongesetzes vom 26. Februar 1870 wird die Verkaufszeit des Wildes durch die Schonzeit desselben in der Weise bestimmt, daß der Verkauf, das Feilhalten u. s. w. 14 Tage nach eingetretener Schonzeit der betreffenden Wildart verboten ist. Von diesem Verbote findet nur eine Ausnahme bezüglich des zum Schutze gegen Wildschaden abgeschossenen Wildes statt, zu dessen Verkauf es jedoch eines Attestes bedarf. Alles andere Wild, mag dasselbe im Inlande, d. h. in Preußen, an einem Orte, wo die Jagd für die betreffende Wildart bereits eröffnet ist, erlegt oder aus dem Auslande bezogen sein, darf in solchen Gegenden, wo Schonzeit noch herrscht, nicht feilgehalten werden. In einem ministeriellen Zirkularerlaß vom 24. April 1870 ist ausdrücklich gesagt, daß der § 7 des Wildschongesetzes das Feilhalten von Wild während der für die betreffende Wildart am Orte des Feilhaltens geltenden Schonzeit absolut und ohne Rücksicht auf das in dieser Beziehung an dem Orte der Erlegung des Wildes geltende Recht hat unterzogen wollen, daß also dem in § 7 des Wildschongesetzes enthaltenen Verkaufsverbote alles der Schonung theilhaftige Wild unterliegt, gleichviel, ob dasselbe im Inlande erlegt, oder aus dem Auslande, selbst mit Ursprungszeugnissen, bezogen worden ist.

Die belgischen kirchlichen Blätter veröffentlichten lange Lebensbeschreibungen des gegenwärtigen Jesuiten-Generals, des Pater Anderledy, denen ein Korrespondent der „Voss. Ztg.“ folgende Einzelheiten entnimmt:

Pater Anderledy ist am 3. Juni 1819 in Berisal, einem kleinen Flecken des Kantons Valais, geboren; er empfing seine Ausbildung im Jesuiten-Gymnasium zu Brigue. Er trat sofort in den Jesuitenorden ein und wurde mit dem Unterrichte in der Literatur im Gymnasium zu

Freiburg betraut. Da die Oberen des Ordens seine große Fähigkeiten erkannten, sandten sie ihn nach Rom, woselbst er unter den Augen des Kardinals Pecci, des älteren Bruders des jetzigen Papstes, Theologie und Philosophie studirte. Da er das Klima nicht vertragen konnte, kehrte er nach Freiburg zurück. Aber bald darauf — November 1847 — vertrieben die Protestanten die schweizerischen Jesuiten und schlossen ihre Lehranstalten. Anderledy wurde festgenommen und in das Gefängniß geworfen; da er aber geschickt zu verheimlichen wußte, daß er Jesuit sei, ließ man ihn wieder frei und er ging nach Chambéry. Die Februar-Revolution trieb ihn nach Amerika, wo er am Erie-See im Staate Wisconsin eine große Missionsthätigkeit entwickelte. Nach Europa im Jahre 1850 zurückberufen, wurde er nach Tronchiennes bei Gent gesandt. Inzwischen hatte sich den Jesuiten ein neues gewaltiges Feld für ihre Thätigkeit eröffnet — Deutschland. In Münster, Paderborn, Köln, Aachen und Koblenz wurden Jesuiten-Residenzen errichtet, von denen Jesuiten-Missionäre nach allen Richtungen ausgesendet wurden; sie errangen überall glänzende Erfolge. Zu diesen gehörte auch Pater Anderledy, der vom Rhein bis nach Danzig hinauf im Interesse des Ordens thätig war und mit seinem bereiten Worte Großes erreichte. Diese Thätigkeit hatte ihn aber derartig angegriffen, daß er auf längere Zeit den Gebrauch der Sprache verlor. Er widmete sich nunmehr ausschließlich der Leitung und Ausbildung der Jesuiten-Missionäre. Er wurde Rektor in Köln und Paderborn und gründete 1863 das Jesuiten-Kolleg in Maria-Laach. Anderledy wurde als Beisitzer für die Provinzen deutscher Nationalität in den obersten Ordensrath berufen. Nachdem beschlossene worden war, dem General Becht einen Koadjutor mit dem Rechte der Nachfolge zur Seite zu stellen, wurde am 24. September 1883 Anderledy fast einstimmig hierzu erwählt. Außer den klassischen Sprachen spricht Anderledy fertig das Französische, Deutsche, Italienische, Englische und Spanische. Gegenwärtig befindet sich derselbe in Rom, um die Leitung der Ordensgeschäfte zu übernehmen und dem Papste seine Huldigungen darzubringen. Später kehrt er nach Fiesole zurück.

Die Tabakbauer der westpreussischen Niederung überenden dem Reichstage eine Eingabe mit der Schilderung der traurigen Lage der Arbeiter und der Bitte um Schutz. Zum Schluß heißt es: „Der Tabakbauer kann nur dadurch geschützt und dem Händler gegenüber widerstandsfähig gemacht werden, wenn die Kreditirung der Steuer bis zum Verkauf des Tabaks ohne die jetzt unerfüllbaren Bedingungen möglich gemacht und dadurch die gegenwärtig mit der Fälligkeit der Steuer eintretende, zum Verkaufe um jeden Preis nöthigende Zwangslage beseitigt wird.“

Kein Gewerk erfreute sich vor Jahresfrist einer so umfassenden und fräftigen Organisation, als das der Maurer. In Hamburg war eine Zentralkommission, welche die ganze Lohnbewegung der Maurer leitete, in Berlin hatte die Preiskommission, mit dem vielgenannten Regierungs-Baumeister a. D. Kessler an der Spitze, ihren Sitz. Zwischen den beiden Kommissionen brachen Streitigkeiten aus, die von Tag zu Tag zunahmen. Eine größere Anzahl von Fachvereinen erklärte sich für die Berliner Genossen, andere wiederum für die Hamburger. Das Maurerfachblatt in Berlin hörte auf zu erscheinen, aber sofort wurde in Braunschweig ein neues gegründet, das in den Bahnen des Berliner Blattes wandelte. Die Hamburger schufen sich auch ein neues Organ, und zwischen beiden Blättern entbrannte die heftigste Fehde. Ein neues Element, um die Gegensätze noch mehr zu verschärfen, ist jetzt dazu gekommen; die Hamburger haben den Maurerkongress zum 25. bis 28. April cr. nach Bremen einberufen, die Braunschweiger, also die Berliner Partei, wollte den Hamburgern, die in Bremen unbedingt über die Majorität der Stimmen verfügen würden, einen Strich durch die Rechnung machen und beriefen einen neuen Kongress, der vom 28. bis 30. März in Magdeburg abgehalten werden soll. Auf die „vielgerühmte“ Einigkeit unter den Arbeitern werfen diese Kämpfe zwischen den Berlinern und Hamburgern grelle Schlaglichter.

Der Zentralrath des Verbandes der





